

Für ein soziales und gerechtes Hamburg

Forderungen der
Arbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg e.V.
an die Hamburger Politik



Eckpunktepapier der AGFW Hamburg e.V. zur Tagung „Sozialpolitik in Zeiten der Schuldenbremse - Auswirkungen auf das soziale Klima in Hamburg“ am 3. November 2014

Sicherung der unabhängigen Sozialberatung

Die Freie Wohlfahrtspflege hält eine Vielzahl von niedrigschwelligen Beratungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen vor, die den Ratsuchenden ohne Voraussetzungen offen steht. Anders als staatliche Einrichtungen bieten die Freien Träger eine unabhängige Beratung, die Interessenten aus freien Stücken und ohne Furcht vor Sanktionen in Anspruch nehmen können. Diese Unabhängigkeit muss im Sinne des Allgemeinwohls erhalten bleiben.

Da die Beratungseinrichtungen über Zuwendungen, somit über staatliche Leistungen, finanziert werden, sind sie immer dem Risiko von Mittelkürzungen ausgesetzt. Die Freie Wohlfahrtspflege kann ihren Auftrag als unabhängiger, sozialer Dienstleister aber nur erfüllen, wenn finanzielle und organisatorische Planungssicherheit besteht.

Die AGFW fordert,

- dass die **Unabhängigkeit der Sozialberatung als Grundprinzip respektiert und gewahrt** bleibt.
- ein **klares Bekenntnis zur staatlichen Finanzierung unabhängiger Sozialberatung**, auch und gerade dann, wenn sie kritisch und unbequem ist. Zuwendungsfinanzierte Angebote dürfen nicht zum Spielball haushaltspolitischer Erwägungen werden. Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege brauchen eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung, damit sie ihren Aufgaben nachkommen können

Refinanzierung von Tarifen und betrieblicher Altersvorsorge

Die Sparpolitik des Senats hat bereits viele Träger der Freien Wohlfahrtspflege unter Druck gesetzt. Vor allem tariftreuen Trägern geht es an die Substanz: Obwohl sie nach dem Sozialstaatsgebot zur angemessenen Unterstützung der Freien Träger verpflichtet ist, weigert sich die Stadt, die tariflich bedingten Personalkosten und in Teilen auch die Kosten für eine betriebliche Altersvorsorge in den Entgelten und Zuwendungen ausreichend zu berücksichtigen. Dadurch sind die Träger gezwungen, Personalstellen zu bewirtschaften und ihr Leistungsangebot einzuschränken. Mangelnde Ressourcen aber haben unweigerlich Standardabsenkungen zur Folge.

Aber auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten ergeben sich durchaus negative Folgen wie bspw. eine mögliche Tariffucht bei freien Trägern oder aber zu einem späteren Zeitpunkt ein erhöhtes Risiko von Altersarmut, wenn anders als bei den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst bei den freien Trägern keinerlei betriebliche Altersvorsorge finanziert wird. Durch die Schuldenbremse wird sich diese Entwicklung noch einmal spürbar beschleunigen. In verschiedenen Schiedsstellen wurde der Stadt bereits auferlegt, den Mittelfluss an die Freien Träger entsprechend der Tarifsteigerungen anzupassen – und somit dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter der freien Träger ebenso verlässlich nach Tarif bezahlt werden können, wie die Mitarbeiter staatlicher Angebote im Bereich des Sozialen.

Die AGFW fordert die Stadt Hamburg auf,

- nicht nur die tariflich bedingten Personalkosten sowie Kosten einer betrieblichen Altersvorsorge ihrer eigenen sozialen Angebote vollständig zu finanzieren, sondern auch die der freien Träger, um Standardabsenkungen, prekäre Beschäftigung und Tarifflicht nicht noch weiter Vorschub zu leisten

Armut

Den jüngsten Zahlen zufolge gelten knapp 15 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger als armutsgefährdet. Ein hohes Armutsrisiko haben vor allem arbeitslose Menschen oder solche in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Etwa jeder zehnte Hamburger ist auf Hartz IV angewiesen, darunter viele Kinder: Gut ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren leben von Hartz IV. Armut verringert die Möglichkeiten für die soziale, kulturelle, bildungsbezogene Teilhabe und Gesundheit der Kinder. Solche Kinder und Jugendliche, die in Haushalten von Alleinerziehenden leben, deren Eltern einen Migrationshintergrund haben oder die in Familien mit mehreren Kindern leben, sind besonders von Armut betroffen.

Zu einem drängenden Problem künftiger Generationen wird sich die Altersarmut entwickeln. Schon heute ist Hamburg Spitzenreiter in der Armutsstatistik der über 65-Jährigen. Während bundesweit 2,7 Prozent dieser Altersgruppe Grundsicherung im Alter beziehen, sind es in Hamburg 6,2 Prozent. Aufgrund sinkender staatlicher Renten und der Zunahme gering entlohnter Jobs wird sich die Altersarmut in den nächsten Jahren noch verschärfen. Davon werden insbesondere ältere Migrantinnen und Migranten betroffen sein, weil sie während ihrer Erwerbszeit durchschnittlich deutlich weniger Einkommen als nicht Zugewanderte erzielten und häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Die AGFW fordert

- eine deutliche **Erhöhung der Regelsätze** bei Hartz IV, der Sozialhilfe und der staatlichen Grundsicherung sowie eine transparente Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums
- einen **stark ermäßigten oder kostenfreien Zugang** zum öffentlichen Nahverkehr, zu Schwimmbädern, Sportstätten und Kulturinstitutionen für arme Familien
- eine **bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf** für armutsgefährdete Gruppen wie z. B. Alleinerziehende
- eine angemessene Berücksichtigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt

Wohnungspolitik und Wohnungslosenhilfe

In Hamburg leben etwa 10.000 Menschen in Wohnunterkünften von fördern & wohnen, davon gehören 2.012 zu den wohnberechtigten Zuwanderern und 2.572 zum Personenkreis der Wohnungslosen (Stand: Juli 2014). Schätzungsweise weitere 1.500 bis 2.000 Menschen leben obdachlos auf der Straße. Bei der Suche nach Wohnraum sind diese Menschen auf dem angespannten Hamburger Mietmarkt praktisch chancenlos. Sie verbleiben in der öffentlichen Unterbringung, deren Kapazitäten längst ausgeschöpft sind und beständig erweitert werden müssen. Um das Problem grundsätzlich zu lösen, müsste mehr Wohnraum geschaffen werden, der auch vordringlich Wohnungssuchenden zugänglich ist.

Die AGFW fordert die Hamburger Sozialpolitik deshalb dazu auf,

- über den städtischen Wohnungsbaukonzern SAGA/GWG **bezahlbaren Wohnraum** bereitzustellen
- die Hälfte der im Rahmen normaler Wohnungswechsel frei werdenden Wohnungen der SAGA/GWG – also etwa 4.500 Wohnungen pro Jahr – an vordringlich Wohnungssuchende zu vergeben, davon 2.000 an wohnungslose Haushalte
- einen **speziellen Wohnungsentwicklungsplan** für am Wohnungsmarkt benachteiligte Zielgruppen zu entwickeln, um eine konzeptionelle Lösung vorzulegen, wie die Versorgung für diesen Personenkreis gesichert werden kann
- **mehr Belegungsbindungen** anzukaufen, um mehr Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zu akquirieren
- den **Kooperationsvertrag mit den Wohnungsgesellschaften** verbindlicher zu gestalten, damit diese wie vereinbart 1.200 Wohnungen pro Jahr für wohnungslose Haushalte zur Verfügung stellen
- stärker für eine soziale Mietpreisentwicklung zu sorgen

Arbeitsmarktpolitik

Trotz steigender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Hamburg bleiben viele Hamburgerinnen und Hamburger vom Zugang zum Arbeitsmarkt abgehängt. Die registrierte Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg ist nach wie vor hoch. 31,7 % der Hamburger Arbeitslosen sind langzeitarbeitslos. Bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II sind es 40,5 % von 51.722 (April 2014). Von den insgesamt registrierten Arbeitslosen sind 48,1 % Fachkräfte, 51,9 % haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Im SGB II sind 36 % der 51.722 Arbeitslosen Fachkräfte, 64 % haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Allein aus der Struktur der Arbeitslosigkeit ergeben sich zwei Herausforderungen: Weiterbildung und öffentlich geförderte Beschäftigung.

Die AGFW fordert die Stadt auf, ihren Einfluss im Hamburger Jobcenter geltend zu machen für

- einen weiteren **Ausbau der abschlussbezogenen Weiterbildungsangebote** auch für die Arbeitslosen im SGB II
- einen **Ausbau von sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung**
- einen weiteren Ausbau von Anpassungs- und Nachqualifizierungsangeboten nicht zuletzt für Migrantinnen und Migranten
- die Verknüpfung von Arbeitsförderung und Förderung der sozialen und kulturellen Infrastruktur in Quartieren, in denen viele arme Menschen leben.
- dass Hamburg sich auf Bundesebene für einen Ausbau sozialversicherungspflichtiger öffentlicher Beschäftigung einsetzt, die sich an den Kriterien guter Arbeit orientiert. Hamburg soll sich dabei als ein Modellstandort für die **Erprobung eines „Passiv-Aktiv-Transfer-Modells“** (PAT-Modells) anbieten